

SPD-Fraktion im Stadtrat Magdeburg
H.-D. Bromberg

Rede zur HH-Beratung 2006
am 15.12.2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren

Im Vorfeld unserer Haushaltberatung im Ausschuss konnte ich immer wieder hören, warum setzen wir uns eigentlich zusammen. Spielraum für Entscheidungen gibt es nicht, zusätzliche Ausgaben sind nicht möglich und Umverteilungen erhöhen nur den Leidensdruck an anderer Stelle.

Trotzdem haben wir unseren Zeitplan, der eigentlich auf 7 Stunden am 25.11. begrenzt sein sollte, auf den 26.11. erweitert, um zumindest die wesentlichen Problempunkte vernünftig diskutieren zu können.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die gute Vorbereitung durch den Fachbereich Finanzen und auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, die mir 10 Std. Sitzungsleitung erträglich gemacht haben.

Im letzten Jahr, als es um den HH 2005 ging, konnten wir feststellen, dass die Verwaltung, soweit es um ihre eigenen Ausgaben ging, deutlich um Kostensenkung bemüht war, dass hat sich auch bei den Ausgaben für das kommende Jahr fortgesetzt.

Die budgetierten Ausgaben liegen zwar leicht über dem geplanten Ansatz für 2005 aber dennoch unter der Summe von 2004. Der Aufwuchs gegenüber dem laufenden Jahr resultiert dabei aus der Kostensteigerung für die Gebäudebewirtschaftung, woraus der Antrag 24 resultiert, diese Kosten detaillierter nachzuweisen. Auch der Antrag zu den Betriebskosten beim Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees hatte diese Zielrichtung.

Wesentlicher Inhalt unserer Beratung zu den einzelnen Fachbereichen war die Frage nach der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung trotz Kostensenkung und Personalabbau und ob die Schwerpunkte bei der Entwicklung unserer Stadt ausreichend abgesichert sind.

Wenn am Kern der Verwaltung nicht mehr in Größenordnungen gespart werden kann, der VW-Haushalt aber trotzdem steigt obwohl er reduziert werden muss, gibt es zwei Möglichkeiten.

1. Einnahmesteigerungen: Diese können wir z.B. verzeichnen bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Ein hoffentlich anhaltender Trend, zumal die Ausgaben für die Entwicklung der Infrastruktur und zur Ansiedlung von Unternehmen erheblich sind.

Eine weitere Anhebung von Gebühren und Entgelten schließt sich weitestgehend aus.

Also

2. Kostensenkung bei den freiwilligen Aufgaben und den Zuschüssen zu den städtischen Unternehmen.

Hier erwarte ich von den Betriebsausschüssen und Aufsichtsräten eine detaillierte Ausgaben- und Strukturanalyse, wie wir es z.B. mit der Klausurberatung bei der Flughafengesellschaft Anfang nächsten Jahres vorhaben.

Vor ca. einem Jahr habe ich gesagt:

Der Haushalt kann nicht am 19.11. oder 06.12. verändert oder gar saniert werden, wenn überhaupt dann mit Fleiß und Mut zur Entscheidung zwischen dem 01.01 und 30.09., ansonsten sind die Messen für das Folgejahr gesungen.

So richtig durchgeschlagen hat das nicht, wobei ich weiß wie schwer es ist, in der wenigen verbleibenden Freizeit sich dieser Dinge intensiv anzunehmen. Mein Optimismus für 2006 ist trotzdem ungebrochen.

Zum Vermögenshaushalt:

Wenn wir die durchlaufende Ein- und Ausgabeposition zum Stadion von 16 Mio. EUR herauslassen, verringern sich die Ausgaben im Vermögenshaushalt um rund 26 Mio. EUR. Das ist in jedem Fall ein Einschnitt in die Auftragslage der Unternehmen der Region. Der Stand der Verschuldung und die entsprechenden Auflagen zum Haushalt lassen aber keine Erweiterung zu.

Trotz dieser Einschnitte, die ja im laufenden Jahr schon spürbar waren, werden aus meiner Sicht unterschiedliche Maßstäbe bei der Realisierung von Vorhaben angesetzt.

Für die Sanierung von Schulen und Kindergärten gilt das Kriterium der Unabweisbarkeit, bei anderen Vorhaben die die Verwaltung plant, zeigt z.B. öffentlicher Druck wie am Ambrosiusplatz, dass es anders und preiswerter geht und wenn die Frage der Unabweisbarkeit stehen würde, käme nur das Argument der Fördermittel. Frau Huhn hat auf der letzten SR-Sitzung gefragt, ob die Brücke über das Schleinufer lebensnotwendig ist und so könnte man weiteres aufzählen, nicht zuletzt den Ausbau der Einsteinstraße.

Hier gibt es trotz aller Zwänge Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf die Prioritäten nochmals zu überprüfen und neu zu ordnen. Gerade bei den Schulen können wir uns nicht auf die Entscheidung zu PPP verlassen, sondern müssen eigene Vorsorge treffen.

In den Beiträgen der Fraktionsvorsitzenden werden sicherlich noch eine Reihe von Schwerpunkten für 2006 aufgezeigt werden.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle meine Ausführungen beenden und unabhängig von der Entscheidung zu den noch abzustimmenden Anträgen, die Annahme des Haushaltes empfehlen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

H.-D. Bromberg
Vorsitzender FGA

Hans-Werner Brüning
Fraktion Die Linkspartei.PDS
im Stadtrat der Landeshauptstadt
Magdeburg

15.12.2005

Beitrag zur Haushaltsdebatte 2006

Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Verwaltung und Stadtrat haben in den vergangenen Wochen die Finanzlage des kommenden Jahres beraten und heute sollen alle notwendigen Haushaltsbeschlüsse gefasst werden. Die Mitglieder der Fraktion Die Linkspartei.PDS haben sich mit dem vom Oberbürgermeister vorgelegten Planentwurf auseinandergesetzt und sich in den Ausschüssen vielfältigen Fragen gestellt.

Unser Hauptaugenmerk gilt der Fragestellung, ob der Haushalt 2006 so aufgestellt ist, dass die Stadt ihren Aufgaben gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern nachkommt. Kommunalpolitik und Verwaltung sind dabei mit problematischen Entwicklungen konfrontiert, auf die ich noch eingehen werde.

Zunächst eine formale Feststellung: Uns liegen alle Haushaltsdokumente vor. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit Prioritätenliste, die mittelfristige Finanzplanung, der Stellenplan und die Drucksache 516/05 (Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009). Sie ermöglichten uns eine Orientierung, die Beurteilung der Lage und schließlich unsere Anträge an die heutige Stadtratssitzung. Mit den Anträgen wollen wir unseren Beitrag zur sinnvollen Konsolidierung und zur Gestaltung unserer Heimatstadt im kommenden Jahr leisten.

Dafür gebührt allen, die den Haushaltsentwurf erarbeitet haben, Dank. Die heutigen Entscheidungen werden sicher sachkundig und von weit reichender Bedeutung sein. Auf einen Mangel müssen wir allerdings hinweisen. Der Stellenplan wäre im Verwaltungsausschuss vorzubereiten gewesen. Das hat der Oberbürgermeister weder vorgesehen, noch getan. Dabei ist die Behandlung des Stellenplans die einzige Möglichkeit des Stadtrates, sich mit der Organisation der Verwaltung durch den Oberbürgermeister zu befassen. Es geht um Verwaltungsreform bzw. Modernisierung der Stadtverwaltung und die Frage, ob die Strukturen und die Funktionsweise der Stadtverwaltung die Billigung des Selbstverwaltungsorgans Stadtrat haben. Über wichtige Veränderungen ist der Stadtrat im zurückliegenden Jahr informiert worden. Doch das ist uns zu wenig. Wir haben Mitwirkungsrechte und -pflichten.

Wir verlangen eine gründliche Darstellung des Stellenplanes und des 50. Änderungsantrages zum Haushalt im Januar 2006 im Verwaltungsausschuss, dessen Beratung und Beschlussfassung danach im Stadtrat. Das ist keine formelle Angelegenheit. In einigen Positionen verfestigen sich bei uns ernste Zweifel an der Funktionalität und Transparenz von Verwaltungsstrukturen.

Seit Ende der neunziger Jahre befindet sich die Landeshauptstadt Magdeburg unter dem permanenten Druck der Haushaltskonsolidierung. Im Jahr 2002 hat die damals neue Landesregierung den Kurs der Reduzierung der Kommunalfinanzierung ihrer Vorgänger fortgesetzt und den Konsolidierungsdruck erhöht. Die Kürzungen des Landes bei den Finanzausgleichsmitteln betragen seither 450 Millionen Euro und bei den zweckgebundenen Zuweisungen an die Kommunen 300 Millionen Euro. Und diejenigen, die uns die Haushaltsmittel kürzen, haben zugleich per Gesetz und Verordnung die Genehmigung unseres Haushaltes durch die Kommunalaufsicht geregelt. Diese versagt Genehmigungen, erteilt Auflagen solange der Haushalt nicht ausgeglichen ist. - Die zweite Abhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung.

Festzustellen ist auch, dass heute zur Verhandlung stehende Rekorddefizite von 90 Millionen Euro im Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg kein hausgemachtes Problem sind. Die Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Deutschland schlagen sich mit einer enormen Verschuldung durchs kommunale Leben. Darüber haben die Delegierten zum Deutschen Städtetag in Berlin eine Menge erfahren. Der Gemeindefinanzbericht 2004 des Deutschen Städtetages beziffert das diesjährige Finanzierungsdefizit mit etwa 5,8 Milliarden Euro – zwei Milliarden mehr als 2004. Wenn dann aber im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbart worden ist, „Die Kommunal Finanzen müssen auch künftig auf einer soliden Basis stehen.“, können wir ahnen, was uns noch alles an Konsolidierungsaufgaben aufgegeben werden soll.

Was ist eigentlich ein strukturelles Defizit? Bis 2009 soll das in Magdeburg beseitigt sein, sagt der Oberbürgermeister. Doch das Minus in der Stadtkasse hat nichts mit einem eventuellen Übermut des Stadtrates zu tun. Ganz im Gegenteil, allmählich müssen wir aufpassen, dass auf dem Wege der Absenkung der Kommunalfinanzierung und der Übertragung neuer Aufgaben ohne ausreichende finanzielle Absicherung die Veränderung oder gar Aufgabe kommunaler Strukturen vorangetrieben wird. Die Abwasserprivatisierung in Magdeburg zum Beispiel hat nur eine dauerhafte Privatisierung einer Aufgabe der Daseinsvorsorge zu Folge, keinesfalls einen dauerhaften Konsolidierungseffekt.

Wenn wir in der Drucksache 516/05 die Aufgabe 11a nehmen, dann werden wir vom Vorschlag einer weiteren Kürzung der MVB-Zuschüsse um 1,875 Millionen Euro bis 2009 überrascht. Dass der Oberbürgermeister hier gegenüber der MVB-Belegschaft wortbrüchig wird, ist sein Problem. Die Kolleginnen und Kollegen werden sich noch gut an seinen Auftritt auf der Betriebsversammlung im AMO erinnern. Worum es uns geht, ist das Problem, dass dem Stadtrat ein solcher Beschluss abverlangt wird, ohne ihn über die Folgen für den öffentlichen Personennahverkehr in Magdeburg zu informieren. Das städtische Verkehrsunternehmen unternimmt große Anstrengungen, um sich auf den europäischen Wettbewerb einzustellen. Soll der Stadtrat etwa heute indirekt beschließen, wir wollen Billiganbieter für unsere Straßenbahn- und Buslinien nach Magdeburg holen? Mit der Fraktion der Linkspartei.PDS ist das nicht zu machen. Wir lehnen 11 a ab und machen unsere Zustimmung zum weiteren Haushaltskonsolidierungskonzept davon abhängig, ob uns eine Stadtratsmehrheit folgt.

Viel zu wenig befassen wir uns mit den regionalen Potenzialen für die Haushaltskonsolidierung. Es ist kein nennenswerter Effekt damit zu erzielen, dass Mitgliedschaften in regional tätigen Vereinigungen beendet werden. Das liegt zwar ein Jahr zurück, doch sind Aufgaben im Bereich der Arbeitsteilung und Kooperation in der Region noch ungelöst. Würden wir einen Regionalverbund im ÖPNV schaffen, könnten alle Kreise der Region gemeinsam mit uns Einsparungen erzielen. Käme es zu einer Sparkassenfusion, würde die Wirtschaftskraft der ganzen Region spürbar gestärkt. Damit auch das Steueraufkommen. Würden die Kreise und

Gemeinden mit uns auf dem Gebiet der Informationsdienste intensiver zusammenarbeiten, käme für alle eine Kostensenkung heraus. Wir haben hier brachliegende Konsolidierungspotenziale.

Wir treten dafür ein, diese Potenziale zu erschließen, um uns die Mittel für die sozialen und kulturellen Aufgaben auch künftig zu erhalten. Der „Bericht über die soziale Lage in Magdeburg“ darf nicht nur Gegenstand einer aktuellen Debatte gewesen sein. Er muss auch in Haushaltsfragen zu konkreten Schlussfolgerungen in Stadtrat und Verwaltung führen.

Kritisch sehen wir alle Kostenaufwüchse im Verwaltungsbereich. Das bringen viele unsere Anträge zum Ausdruck. Das kommunale Gebäudemanagement wurde zur effektiveren Bewirtschaftung der städtischen Immobilien geschaffen. Die Finanzierung auf der Grundlage von Verträgen durch innere Verrechnung sollte die Kosten decken. Wieso dann ein Zuschuss von 1,5 Millionen Euro und auch noch ein Mehrbedarf von 200 000 Euro notwendig ist, erschließt sich aus dem Haushalt nicht. Wir wollen es aber genau wissen, deshalb der 24. Änderungsantrag zum Haushalt.

Seit zehn Jahren geht der Streit um die Zukunft des Flugplatzes Magdeburg-Süd. Gott sei Dank setzt sich nun die Einsicht durch, dass diese Zukunft für die Stadt eine preiswertere sein wird. Der Ausbau kommt nicht, trotz des teuer bezahlten Wibera-Gutachtens. Lassen Sie uns also Schluss mit der Verschwendung machen. Unser 20. Änderungsantrag, dem der Finanzausschuss mehrheitlich zugestimmt hat, sollte auch eine klare Mehrheit im Stadtrat finden. Wenn diesem Antrag zugestimmt wird, regen wir eine interfraktionelle Zusammenarbeit an, mit deren Hilfe wir zu einem neuen, breit getragenen Konzept der Anbindung Magdeburgs an den Luftverkehr kommen können.

Auf diese Weise würden wir gemeinsam die Fortsetzung anderer Aufgaben **sicherer** machen, die dem Stadtrat erfahrungsgemäß am Herzen liegen:

- die Sozialzentren
- die Arbeit in den Stadtteilen
- die Ausstattung an den Schulen für die Lehrerinnen und Lehrer wie für die Kinder
- die soziokulturelle Arbeit, wie auch die Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, die Theater, das Museum.

Natürlich reichen die beim Flugplatz einzusparenden Mittel nicht, um all die Aufgaben zu finanzieren, da bedarf es weiterer Lösungsansätze. Unter anderem gehört die Frage dazu, dass die privaten Energiekonzerne e.on und Gelsenwasser als Mitgesellschafter der SWM Millionenerträge ausgeschüttet bekommen. Doch ihr Engagement als Sponsoren in Kultur und Sport kennen wir nur aus dem Fernsehen und anderen Medien. In Magdeburg ist es gleich Null und das wollen wir mit einem Beschluss des Stadtrates verändern helfen.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
wir schlagen auch das Überdenken eines Prinzips der Wirtschaftsförderung vor. 2001 hat sich der Stadtrat auf die Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung verständigt, die bisher nahezu unverändert verfolgt werden. Wirtschaftsförderung ist kostenlos für Geförderte.

Eine kritische und detaillierte Bilanz ist jetzt notwendig. Dabei ist zu beantworten, ob die kommunalen Wirtschaftsförderer nicht auch Erträge für den Stadthaushalt erbringen können. Sie haben bisher einen sicheren Zuschuss von 871 000 Euro. Der könnte durch Einnahmen von Dritten reduziert werden. Die genannten Einnahmen sind noch nicht für 2006 relevant, aber wir schlagen vor, gemeinsam darauf hinzuarbeiten, dass ab 2007 eine reale Entlastung des Stadthaushaltes durch die Wirtschaftsförderung erfolgt, ohne dass ihre Leistungsfähigkeit

eingeschränkt wird. Wir reden über Beratung, die auch etwas einbringt - bei uns, wie bei den Kunden der GWM und des Dezernates III.

Mit Sicherheit gefällt es niemandem, dass die städtischen Investitionen in den kommenden Jahren rückläufig sind. Das hat eine ähnliche negative Wirkung auf die Magdeburger Wirtschaftsunternehmen wie die Senkung der Kaufkraft durch Hartz IV in diesem Jahr, wie durch die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007.

Tatsache ist aber, dass Investitionen notwendig sind. Für die Stadt, wie für die Ausführenden. Nun nehmen wir leider zur Kenntnis, dass für Brückensanierung, Europaring-Ausbau, Stadthallen-Sanierung, Tierheimneubau keine Finanzierungen gesichert sind. Die höchste Priorität für die laufenden Investitionen findet unsere Unterstützung. Deshalb begegnen wir allen Wünsche nach Neuaufnahme von Vorhaben kritisch. Für 2006 erwarten wir, dass in Abhängigkeit von der Standortentscheidung zum Tierheim, dessen HU Bau ermöglicht wird. Die Endlosgeschichte des Tierheimneubaus muss beendet werden und zwar so, dass eine akzeptable Lösung im Sinne des Tierschutzes – einer Pflichtaufgabe – geschaffen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Haushalt 2006 können wir keine Wunderwerke erledigen. Aber Engagement und Ideenreichtum sind gefragt, wenn wir auch künftig eine attraktive Stadt für ihre Bewohner und Gäste gestalten wollen. Das soll eine soziale Stadt sein, die würdevoll mit ihrem Hauptproblem der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit umgeht. Der zweite Arbeitsmarkt liegt in unserem Verantwortungsbereich. Die Rahmenbedingungen sind zwar mit Hartz IV und anderen arbeitsmarktpolitischen Richtlinien vorgegeben. Doch wie wir mit der Gise, der AQB und der ARGE umgehen, das liegt bei uns. Diese Instrumente sind, so wie sie bestehen, auf lange Sicht unverzichtbar. Deshalb sollten wir sie in ihrer Tätigkeit finanziell und mit vorsorglicher Begleitung stärken und unterstützen.

Der Stadtrat darf sich nicht nur für das auf hohem Niveau befindliche Kulturangebot einsetzen. Es muss auch erschwinglich sein. Wir bemerken das in Hinblick auf die Anpassung von Gebührenordnungen und -sätzen in kommenden Haushaltsjahren. Bisher haben wir noch keine Mehrheit dafür gefunden, dass der Oberbürgermeister einmal Prognosen und Modelle entwickeln lässt, die auf eine Angleichung der Gebühren und Kommunalsteuern an das regionale Umfeld gerichtet sind. Die Frage lautet, welche Folgen hätte die Senkung von Hebesätzen bei Gewerbe- und Grundsteuern? Die Folgen wären gewiss nicht nur sinkende Einnahmen durch die heute Steuerpflichtigen. Wir hoffen auf Aufschlüsse darüber aus dem ersten gemeinsamen Gewerbegebiet in der Region mit der Gemeinde Sülzethal an der A14.

Ich komme zum Schluss:

Der Haushalt 2006 ist eine Herausforderung. Wir beschließen ihn heute und im Grunde konnte er bei aller Kritik an den engen Grenzen auch nicht anders aufgestellt werden. Herzlichen Dank nochmals an die Fachleute der Verwaltung und des Stadtrates, die um jede Position gerungen haben.

Rede der CDU-Ratsfraktion zum Haushaltsentwurf des Jahres 2006

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr verehrte Gäste,
sehr verehrte Vertreter der Medien,

in Deutschland tut sich etwas in der großen Politik. Eine Große Koalition in Berlin, die die mehr als dringenden aufgelaufenen Probleme in unserem Land nun endlich angehen will. Auch steht endlich im Koalitionsvertrag eine Grundgesetzergänzung zur Konnexion. Milliarden Löcher an Schulden tun sich auf. Auch die Schulden unserer Stadt sind gewachsen. 91 Millionen € Defizit im Verwaltungshaushalt. Der notwendige Haushaltsausgleich wird für 2013 angezeigt. Noch vor einem Jahr sprach man von einem Defizit von 86 Mio. € für das Jahr 2006 und einer Konsolidierung 2009 – 2010. Die Ursachen für die Steigerung sind uns in der Drucksache und vom Bürgermeister benannt worden. Manche sind ja nun der Meinung, warum sollen wir überhaupt diskutieren, ob 80 Mio. € Defizit oder 100 Mio. €.

In der Rede auf der Sitzung am 6. Dezember 2004 sprach der Oberbürgermeister davon, dass in Zeiten knapper Kassen der Stadtrat kaum noch die Möglichkeiten hat, über etwas zu entscheiden, geschweige denn zu verteilen. Er stellte aber auch die Frage, wer dem Stadtrat heute das Recht für Entscheidungen wegnimmt und er antwortete: Niemand. Jawohl, und auch wir als CDU-Ratsfraktion, obwohl wir nicht am Kabinetttisch im Alten Rathaus sitzen, nehmen für uns das Recht in Anspruch, zumindestens im Stadtrat mitzureden und mitzugestalten. Wir haben deshalb Seite für Seite des Haushaltes durchgearbeitet und wieder mehr als 24 Anträge zum Haushalt eingebracht. Grundsätzlich möchte ich für unsere Fraktion sagen, dass wir auch in schwierigen Zeiten bereit sind, schmerzliche Entscheidungen mitzutragen. Wir haben darüber hinaus selber Vorschläge für Einsparungen bei dieser Haushaltssituation gemacht. Einsparpotential sehen wir in der Verwaltung vor allem bei der effizienteren Erledigungen von Pflichtaufgaben, so wie auch bei freiwilligen Leistungen der Kommune. Voraussetzung bleibt aber weiterhin, dass für eine nachhaltige Entlastung der Finanzsituation auch eine Erholung der Magdeburger Wirtschaft Voraussetzung ist. Investitionen in Wissenschafts- und Verkehrsinfrastruktur so wie in die Schulen und Kitas haben höchste Priorität. Sie sind die Grundvoraussetzung für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt. Sie, Herr Oberbürgermeister, sprachen zur Einbringung des letzten Haushaltes davon, dass, was die Wirtschaftspolitik und die Steuern betrifft, sollten wir ein Stück weit auch optimistisch sein.

Unser Optimismus wird aber seit Jahren auf eine harte Probe gestellt. Wir haben bei der Einbringung des Haushaltes des Jahres 2005 etliche Fragen zur Wirtschaftspolitik in unserer Stadt, insbesondere im Verwaltungsbereich gestellt. Wir müssen uns allerdings weiter fragen, Herr Oberbürgermeister, wie die Ideen und Anregungen der CDU-Ratsfraktion von Ihnen und von der Verwaltung aufgenommen wurden. Viele unserer Fragen, die wir zum damaligen Zeitpunkt gestellt hatten, sind bis heute nicht beantwortet.

Von großen Aufschlägen, wie bei der Ansiedlung von z. B. DHL in Leipzig wollen wir gar nicht reden. Unsere Gemeinden in der Umgebung von Magdeburg machen es uns schon lange vor. Wenn wir die Kräne im Bereich von Osterweddingen sich drehen sehen, dann können wir neidig werden. Wir vermissen mehr denn je als CDU Konzepte, Strategien, die den Weg aus der Wirtschaftskrise der Stadt Magdeburg aufzeigen. Der Ergebnisbericht von Kienbaum liegt nun schon seit Wochen auf Eis. Seit Jahren haben wir eine hohe Arbeitslosigkeit. Uns gehen Einnahmen aus Gewerbesteuern und Einkommenssteuern in Größenordnungen verloren. Sie haben uns vorgeworfen, wir reden die Wirtschaft in Magdeburg schlecht. Die Wirtschaft agiert unabhängig von uns. Wir schaffen nur die Rahmenbedingungen und die müssen stimmen, damit die Wirtschaft handeln kann. Riesige erschlossene Gewerbeflächen, Hunderte von Hektar in der Stadt, warten weiterhin auf Investoren. Die Wirtschaft in der Stadt wird aber weiterhin mehr denn je verwaltet und es wird mehr denn je in Verwaltungsstrukturen gedacht. Wir haben zerschnittene Gewerbeflächen mit Straßen, Biotopen und Grünlandfrischluftschneise – aber keine 40 ha zusammenhängend für ein Flachglaswerk.

Unseren Antrag, Fertigstellung der Umgehungsstraße in Ottersleben, vorzuziehen, hat den Hintergrund, dass einer der hervorragendsten Betriebe in Magdeburg - Sudenburg, nämlich der Förderanlagenbau Magdeburg, dann auch wesentlich besser seine Logistik abstimmen kann. Den Bürgerinnen und Bürgern in Ottersleben sind Versprechungen gemacht worden.

Die Zusammenfassung von Innen- und Außenmarktaktivitäten in einer Tourismusagentur hat natürlich auch den Hintergrund, weniger als drei Ansprechpartner in Fragen des Marketings in der Stadt zu haben, um Magdeburg in einem Guss national und international vermarkten zu können. Hier sehen wir sehr großen Handlungsbedarf. Ich kann es nur noch einmal wiederholen, was ich bereits mehrfach gesagt habe, dass wir der Auffassung sind, dass wesentlich mehr Reserven mobilisiert werden müssen, um einen Wirtschaftsaufschwung in der Stadt signifikant zu fordern und ein Miteinander von Wirtschaft, Verwaltung und Politik stärker durchzusetzen. Dass das möglich ist, zeigt nicht zuletzt die Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2006“ in Bremen. Aber das sind Eintagsfliegen. Wir werden als CDU-Ratsfraktion in den kommenden Monaten mehr denn je uns diesem Gebiet widmen, da wir es nicht mehr verantworten können, dass wir in eine Zurückhaltung und Schläfrigkeit in dieser Frage versinken. Das Konzept, das uns die Verwaltung zur Reduzierung der Personalkosten im Verwaltungshaushalt vorgelegt hat, ist aller Ehren wert. Dieses Kon-

zept zeigt erkennbar klare Einsparungsmöglichkeiten. Mehr als 33 Mio. € sollen bei Personalkosten bis 2009 eingespart werden.

Wir haben in den vergangenen Haushaltsberatungen auf die zwei Schwachstellen in diesem Personalkostenkonzept hingewiesen, insbesondere auf die Tarifsteigerungen, und so ist es dann auch gekommen, dass in diesem Haushalt die Tarifsteigerungen aufgefangen werden mussten. Allerdings denken wir, dass gerade auf diesem Gebiet innerhalb der Verwaltung eine gute Arbeit geleistet worden ist, die zu erkennbaren Einsparungen in diesem Bereich führt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vor einigen Tagen die Feierlichkeiten zur 1200-Jahrfeier abgeschlossen. Magdeburg hat sich als eine altehrwürdige Stadt und doch auch als eine sehr junge und moderne Stadt gezeigt. Wir haben aller Welt gezeigt, dass die Menschen, die in Magdeburg wohnen, es verstehen, zu leben, zu arbeiten und dass sie ihre Stadt lieben.

Für uns hat sich in Magdeburg, in diesem doch für die Stadt sehr wichtigen Jahr, sehr viel getan - nicht nur mit den Feierlichkeiten auf dem Domplatz und der erstmaligen Verleihung des Kaiser-Otto-Preises hat diese Stadt ihrer Geschichte gedacht - nein wir haben auch sehr viel neues in dieser Zeit dem Bürger übergeben können. Der Tunnel unter dem Universitätsplatz, die Sternbrücke, das neue Schauspielhaus und die zentralen Theaterwerkstätten in der Alten Neustadt, das Alte Rathaus oder auch das Hundertwasserhaus oder die gesamten Baumaßnahmen um den Domplatz und das Stadtzentrum und nicht zuletzt die Fortführung des Stadtbauprogrammes sind von sehr wichtiger Bedeutung gewesen für die Entwicklung der Stadt.

Es hat sich sehr viel getan. Wir dürfen aber auch nicht den Blick für das Wesentliche verlieren, nämlich die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, die Anbindung von Magdeburg innerhalb Deutschlands und an Europa. Deshalb sind wir mehr denn je dafür, dass endlich auch eines der größten Bauwerke der Stadt, nämlich der Strombrückenzug, in seinen Visionen weiter gedacht wird. Wir brauchen Planungen, die es der Verwaltung ermöglicht, Unterlagen dem Fördermittelgeber zu übergeben, die dieser dezidiert prüfen kann. Wir sind deshalb als CDU-Ratsfraktion für klare und eindeutige Beschlüsse und Bekenntnisse zum Ausbau des Strombrückenzuges, weil wir denken, dass nur noch in einem überschaubaren Zeitfenster es uns möglich sein wird, auf Unterstützung von Europa, vom Bund, vom Land für solch ein doch stadtwichtiges Bauwerk zu erhalten.

Gerade in diesem Jahr, wo im Haushalt der vierspürige Ausbau des Schleinufers, des Rennweges und der Berliner Chaussee doch etwas weiter nach hinten gestellt wurde, müssen wir mehr denn je uns zu Bauten in der Verkehrsinfrastruktur bekennen. Es steht für Magdeburg viel auf dem Spiel. Die Standortpolitik, die wir in Fragen der Verkehrspolitik, auch wir sind für eine Unterstützung der MVB, die wir in Fragen des Hafens, der sich unserer weiteren Unterstützung sicher sein kann, die wir in Fragen auch in Bezug auf den Ausbau der Elbe haben, sind bekannt. Auch die An-

bindung an die Bahn und den Luftverkehrsstandort Magdeburg sind wichtig.

Was wir allerdings nicht aus dem Auge verlieren dürfen, ist Magdeburg als Wissenschaftsstandort weiter zu entwickeln. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität, der Fachhochschule und der Stadtverwaltung muss nicht nur auf ein höheres Niveau gehoben werden, sie muss gerade auch in Bezug auf das Jahr der Wissenschaft 2006 neu überdacht werden. Es genügt nicht nur einfache Veranstaltungen zu planen, die Entwicklung im Handelshafen, die Entwicklung mit dem Frauenhofer-Institut, die Entwicklung des Max-Planck-Institutes und die Weiterentwicklung des ZENIT sind von eminent wichtiger Bedeutung für die Stadt Magdeburg. Hier sollten wir klare und eindeutige Zeichen setzen, um Magdeburg als Wissenschaftsstandort noch weiter nach vorn zu bringen.

Das Jahr 2005, der Geburtstag der Stadt Magdeburg, hat uns aber auch gezeigt, mit welchem Engagement viele Ehrenamtliche bereit sind, in Vereinen und Verbänden Aufgaben zu übernehmen. Das findet weiterhin unsere vollste Zustimmung und Unterstützung. Das verlangt allerdings auch von Stadt nicht nur Unterstützung im Bereich der Verwaltung, sondern wir müssen dort auch immer etwas an Geld dazu geben. Allerdings sind die Maßnahmen dann auch zu hinterfragen bzw. auch neu zu überdenken.

Die Folgekosten vieler Investitionen in diesen Bereichen müssen mehr denn je betrachtet werden. Es sind keine unbedingten Pflichtaufgaben für die Kommune. Der Bürger sollte stärker diese Aufgaben in Freiwilligkeit übernehmen. Es ist allerdings für den Bürger schwer verständlich, wenn in solchen Bereichen mit Millionensummen investiert wird, wie z. B. in die Kaserne Mark mit 2,3 Mio. € oder die Brücke über das Schleinufer. Um weitere Investitionen dort vornehmen zu können, ist Geld vorhanden und für Pflichtaufgaben, wie sie im Bereich des Hochwasserschutzes notwendig sind, ist bisher im Haushalt überhaupt nichts wiederzufinden. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Hochwasserkatastrophe von 2002 schon bei vielen weit, weit weg ist. Viele Bürger im ostelbischen Raum verstehen diese Politik der Stadt überhaupt nicht. Wir haben deshalb als Fraktion einen Antrag eingebracht, der unbedingt absichert, dass für den Hochwasserschutzbereich im Haushalt des Jahres 2006 969.000 € mit vorgesehen sind. Wir müssen dann bei jeglichen Haushaltsberatungen in den kommenden Jahren darauf achten, dass Mittel für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im ostelbischen Raum dafür vorgesehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Auffassung zur Schulplanung, zur Entwicklung der Schulen in der Stadt Magdeburg, hat in den vergangenen Wochen für heiße Diskussionen hier im Stadtrat gesorgt. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass nicht der Wohnort den Ort der Beschulung bestimmen soll, sondern die Entscheidung bzgl. des Schulstandortes bei den Eltern liegen muss. Diese können dann anhand vielfältiger Kriterien ihre Entscheidungen treffen. Wir werden diesen, unseren Antrag, weiterhin favorisieren, da wir erwarten, dass gerade für die vorgesehenen Projekte im Bereich des Public Privat Partners-

hips zur Schulsanierung damit eine klare und eindeutige Aussage über die notwendigen Schulen, die in ein Sanierungskonzept einfließen, gemacht werden kann. Die Schulpolitik in der Stadt wird in den kommenden Jahren auch darüber entscheiden, wie diese Stadt klar und eindeutig ihre Prioritäten setzt.

Unsere Kultur und Freizeiteinrichtungen sind in vielerlei Form noch von Zuschüssen des Stadthaushaltes abhängig. Sie haben dabei eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen. Während sich im Bereich der NKE und der Stadthallenbetriebsgesellschaft doch positive Entwicklungen zeigen, macht uns die Entwicklung im Magdeburger Zoo sehr große Sorgen. Eine der wichtigsten Freizeiteinrichtungen in der Stadt Magdeburg hat es bisher nicht verstanden, klare und eindeutige Zeichen für die Zukunft zu setzen. Es wird immer wieder von Umstrukturierungen gesprochen, von Visionen, aber wir wissen bis heute nicht, was uns das für die Zukunft bringen wird. Wir werden deshalb weiterhin an diesem Thema dran bleiben und unser Antrag, der im Dezember in den Stadtrat eingebracht wurde, wo ein Konzept für die Weiterentwicklung des Zoos gefordert wird, soll dazu dienen. Scheinbar scheint das strategische Beteiligungsmanagement in dieser Frage völlig zu versagen.

Freizeiteinrichtungen, die uns weiter sehr am Herzen liegen, sind die Bibliotheken und die Schwimmbäder. Die im Haushaltskonsolidierungskonzept vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen in diesen Bereichen lehnen wir ab. Wir werden es nicht zulassen, dass in diesen für die Magdeburger Freizeitbereiche wichtigen Einrichtungen weitere Einschnitte vorgenommen werden. Eher sind wir der Auffassung, dass Mittel z. B. für die Sanierung im Sanitär- und Umkleidebereich im Freibad Süd eingeplant werden sollten. Eine Freizeiteinrichtung, die in diesem Zusammenhang unbedingt genannt werden sollte und wo hoffentlich nun wesentliche Teile zur Konsolidierung Fuß fassen, ist unsere Magdeburger Theaterlandschaft. Man kann sich immer wieder bei Reisen in der Bundesrepublik davon überzeugen, dass in diesem Bereich eine sehr gute Arbeit geleistet wird. Wir werden deshalb als CDU-Ratsfraktion auch in Zukunft die solide und künstlerisch wertvolle Theaterlandschaft in Magdeburg unterstützen. Wir fordern allerdings auch jeden Bürger auf, das Angebot dieser Theater zu nutzen. Die Einnahmesituation, wie sie uns auch jetzt wieder im Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt wurde, von einer Steigerung von 50 T€ ist u. E. unzureichend. Die Einrichtungen müssen viel stärker genutzt und nachgefragt werden. Dazu gehört aber ein Spielplan, der auch auf Zuschauerinteressen Rücksicht nimmt.

Wir haben ein hervorragendes Orchester in Magdeburg. Dies muss allerdings auch Gelegenheit für Aufführungen erhalten. Die Region sollte mehr denn je unsere Theaterlandschaft mitnutzen können. Nach dem wir im Bereich des Opernhauses, des Schauspielhauses und auch des Puppentheaters investiert haben, sehen wir einen wichtigen Aspekt darin, die solide Arbeit des Magdeburger Puppentheaters zu erweitern und eventuell mit einer Ausstellungseinheit zu beleben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, große und wichtige Maßnahme in dieser Stadt sind sowohl die Entwicklungsmaßnahme Rothensee als auch die Arbeiten im Sanierungsgebiet Buckau. Bei beiden wird seit einem längeren Zeitraum über avisierten Maßnahmen gesprochen. Wir müssen allerdings auch klar und eindeutig an dieser Stelle sagen, es müssen überschaubare Maßnahmen bleiben und sie müssen zum Schluss auch letztendlich finanziell aufgehen. Wir werden als CDU-Ratsfraktion beide Maßnahmen auch weiterhin unterstützen. Wir werden allerdings als CDU-Ratsfraktion auch bei beiden Maßnahmen zu Einzelmaßnahmen immer wieder Fragen stellen. Das vorgesehene Konsolidierungskonzept für die Entwicklungsmaßnahme Rothensee ist nur eine dieser Aufgaben, denen wir uns stellen wollen und wo der Stadtrat klar und eindeutig dem Antrag zugestimmt hat. Auch bei der Sanierungsmaßnahme Buckau ist immer wieder über die zuständigen Ausschüsse und dem Stadtrat nach vielen Dingen zu fragen, um den Einsatz der Mittel eventuell zu korrigieren, um Effizienz zu gewährleisten.

Viele Dinge, die auf den Weg gebracht sind, sind gut, z. B. der Umbau der Feuerwache am Thiemplatz oder auch die Entwicklung im elbnaheem Bereich. Aber es gibt auch Defizite. Häuser in Buckau, die für ein horrendes Geld als Museum ausgebaut werden oder wo es nicht gelingt, einzelne Einheiten, wie z. B. dem Engpass bisher neues Leben einzuhauchen. Hier müssen wir stärker die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Sanierungsträger und Stadtrat suchen, um diese Dinge zu befördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Ratsfraktion hat mit der Einbringung von über 20 Anträgen klar und eindeutig versucht, auch noch Nachjustierungen an diesem Haushalt mit vornehmen zu können. Wir erheben nicht den Anspruch, dass wir den Haushalt konsolidieren. Wir sind aber weiterhin der Auffassung, dass es mehr denn je wichtig ist, Schwerpunkte im Haushalt auch zu verlagern. Wir hatten die Gelegenheit, sehr ausführlich in den Ausschüssen und in den Klausurberatungen des Finanzausschusses über die Dinge zu sprechen. Die Unterlagen lagen uns rechtzeitig vor und wir haben in der Fraktion mehrere Beratungen genutzt, um uns dazu zu verständigen. Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzbereiches danken für Ihre nicht einfache Arbeit an solch einem sehr umfangreichen Werk, und ich möchte mich auch bei meiner Kollegin und Kollegen bedanken, mit denen wir sehr ausführlich, ob in den Ausschüssen oder intern über die Haushaltssituation und die verschiedenen Punkte sprechen konnten.

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Rainer Löhr

*Vorsitzender der Fraktion der SPD im
Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*

*Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2006
Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg
Magdeburg, 15. Dezember 2005*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
liebe Gäste und Medienvertreter,

die Durchsetzung des Haushaltsrechts ist eine, wenn nicht gar die Wurzel der modernen parlamentarischen Demokratie.

Wenn ich hier und heute im neuen Saal des Alten Rathauses zu Magdeburg stehe und zum Haushalt des Jahres 2006 rede, weiß ich eines ganz sicher: So schwer es in den nächsten Jahren auch wird, wir werden es schaffen, wir haben es immer geschafft und wir werden es nicht nur schaffen, es wird uns gemeinsam auch gelingen, Magdeburg weiter voran zu bringen.

Dabei kommen wir an einer Zahl alle miteinander nicht vorbei: Das Haushaltsdefizit der Stadt Magdeburg wird auch im nächsten Jahr wachsen. Wir werden 91 Millionen Euro mehr ausgeben, als wir einnehmen. Wir haben dieses riesige Defizit trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen, die an vielen Stellen schmerzen, nicht verhindern können, aber wir haben es auch deshalb nicht verhindern können, weil andere ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

Daher sind wir umso mehr gefordert, alles daran zu setzen, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Wir müssen das Heft des Handelns wieder mehr in die Hand bekommen und wir müssen alles daran setzen, nicht mehr so stark von der Genehmigung der Kommunalaufsicht abhängig zu sein. Wir können uns nicht damit abfinden, nur Unabweisbares zu exekutieren, anstatt Notwendiges in Angriff zu nehmen.

Und daher wollen wir eine Politik mit Augenmaß. Sparen ist ein Gebot der Zeit, doch gestalten und nicht nur verwalten soll unsere Devise sein. Wenn wir Zukunft gestalten wollen, dürfen wir in Magdeburg nicht nur mit dem Rotstift arbeiten. Wir müssen uns politische Handlungsspielräume erhalten, damit unser Magdeburg eine Stadt mit Flair und Ausstrahlung bleibt.

Flair und Ausstrahlung, das ist so etwas wie die Quintessenz des Jahr 2005. Wenn ich mich erinnere, mit welcher Begeisterung und Freude die Magdeburgerinnen und Magdeburger ihre Stadt zu ihrem 1200jährigen Jubiläum gefeiert haben, dann sehe ich, dass wir auf einem guten Weg sind. Das zeigen auch die Antworten der 1200 Magdeburgerinnen und Magdeburger, die wir jeden Tag in der Volksstimme lesen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin froh, dass wir hier im neuen Alten Rathaus die gute Tradition der letzten Jahre fortsetzen und den Haushalt 2006 heute behandeln und nach langer, intensiver und kontroverser Diskussion hoffentlich beschließen werden. Auch in den beiden Jahren davor haben wir den Finanzplan der Stadt und damit die Basis für alle Entscheidungen für die Menschen und das Leben in der Stadt fast pünktlich vorgelegt. Dafür gilt unserer besonderer Dank der Finanzverwaltung. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt der Umgang mit dem städtischen Haushalt in der anderen großen Stadt Sachsen-Anhalts.

Ein rechtzeitig beschlossener Haushalt ist die Voraussetzung für die Ausschreibung öffentlicher Aufträge und die Zuweisung öffentlicher Mittel. Hinhaltenaktiken an dieser Stelle sind verantwortungslos und gehen zuerst zu Lasten der Wirtschaft und des Ehrenamts in dieser Stadt. Wir als SPD-Fraktion wollen das nicht und werden diesem Haushalt daher zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

betrachten wir zunächst die Ursachen unserer Haushaltsprobleme. Schuld sind die Weltwirtschaft und die lahrende Binnenkonjunktur und es ist schon paradox, dass in der vielgescholtenen Konsumgesellschaft ausgerechnet der Konsum nicht so recht gelingen will.

Wir alle wissen: Diesen Prozeß können wir auf der Ebene der Kommunalpolitik zwar nicht beeinflussen, aber wir bekommen seine Folgen unmittelbar zu spüren. Wir haben auf der einen Seite geringere Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen und müssen darum kämpfen, unsere Investitionsfähigkeit zu erhalten. Auf der anderen Seite müssen wir über die Sozialleistungen die hohe Arbeitslosigkeit finanzieren, was uns auch in den Kommunen an den Rand der Leistungsfähigkeit bringt.

Das Wort müssen sage ich in diesem Zusammenhang nur aus der Sicht es Haushalts. Denn natürlich wollen wir einen leistungsfähigen Sozialstaat. Wir wollen einen Staat, in dem auch die Schwachen eine Lebensperspektive haben. Wir wollen einen Staat, in der die Wirtschaft für den Menschen und nicht der Mensch für die Wirtschaft da ist. Und wir wollen einen Staat, in dem Kinder ein Segen und kein Armutsrisiko sind. Aber diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss auf gesunde Füße gestellt werden. Und daher hoffe ich sehr, dass die Große Koalition im Bund dazu führt, dass endlich sinnvolle Reformen umgesetzt werden können, anstatt dass sie im Bundesrat aus taktischen Gründen torpediert werden.

Die zweite große Ursache ist die demographische Entwicklung. Immer noch verlassen zu viele junge Leute die Stadt und damit die Leistungsträger, die unsere Zukunft sichern sollen. Es muss uns gelingen, diese Menschen an die Stadt zu binden, damit sie ihr Potential hier entfalten und zum Wohle der Stadt einbringen können.

Aber demographische Entwicklung heißt auch, dass immer weniger Menschen die Sozialleistungen und Renten finanzieren sollen, von denen immer mehr Menschen leben müssen. Hier ist die „große Politik“ dringend gefordert, endlich befriedigende Antworten zu finden, die über den nächsten Wahltermin hinausgehen. Die SPD in Sachsen-Anhalt hat mit ihren Zukunftspapieren einen guten Anfang dazu gemacht.

Was die strukturellen Probleme des Haushalts angeht, müssen wir die simple Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass seit einigen Jahren die Einnahmen nicht mehr ausreichen, die Ausgaben zu decken. Die ebenso simple Antwort darauf wäre, entweder mehr einzunehmen oder weniger auszugeben. Als Kommune haben wir jedoch jenseits der Grund- und

Gewerbsteuer oder der Erhöhung von Entgelten und Eintrittsgeldern keine nennenswerten Möglichkeiten, unsere Einnahmeseite zu beeinflussen, d.h., wir sind von den Zuweisungen aus anderen Steuerarten von Bundes- und Landesseite abhängig.

Genauso können wir die Ausgaben nicht beliebig reduzieren. Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich zahlreiche Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt – ich will hier als gutes Beispiel die umfangreichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen anführen – aber schon mit der Erfüllung unserer Pflichtaufgaben, der Aufgabe der Daseinsvorsorge, kommen wir in einen defizitären Haushalt. Hier liegt der Fehler im System. In den letzten Jahren haben der Bund und das Land immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Damit muss Schluss sein. Wer bestellt, muss auch zahlen und bei der Neujustierung der Unterbringungskosten für die ALG II-Empfänger sollte auch die neue Bundesregierung daran denken, das eine Intention von Hartz IV die Entlastung aller Kommunen war. Im Übrigen bringt es gar nichts, den Bundeshaushalt zu Lasten der anderen Ebenen zu sanieren. Die Kriterien des Stabilitätspaktes beziehen sich auf die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte.

Die Landesregierung hat zu verantworten, dass die Landeszuweisungen und -zuschüsse drastisch gesenkt wurden. Natürlich betrifft das Problem der Steuermindereinnahmen auch den Haushalt des Landes, aber die Landesregierung hat es bis heute versäumt, mit strukturellen Veränderungen die Lage zu entspannen.

So wird mit einer verkorksten Kreisgebietsreform die Stadt-Umland-Problematik zementiert. Es ist nicht einzusehen, dass Magdeburg zunehmend öffentliche Leistungen reduzieren muss, während umliegende Gemeinden nicht wissen, wohin mit dem Geld. Das wird auch nicht mit Zweckverbänden gelöst. Es ist zwar bedauerlich, dass sich die Stadt und das Umland so schwer zusammenfinden, aber alle Magdeburger Mitglieder in der Regionalversammlung werden bestätigen können, wie mühsam das Geschäft dort meistens ist.

Normalerweise müsste ich jetzt sagen, dass ich hoffe, dass in dieser Landesregierung eines nicht allzu fernen Tages die Erkenntnis reift, dass es so nicht geht, aber bis zum 26. März ist es ja nicht mehr allzu lange und bis dahin kann ich auch noch warten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bilanz der letzten Jahre kann sich sehen lassen, auch wenn noch einige Aufgaben vor uns liegen.

Im Bereich der Wirtschaft stehen auf der Habenseite die im zweiten Jahr in Folge gestiegene Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die u.a. die einsetzende Wirkung der Schröderschen Reformpolitik dokumentieren. Ich bin optimistisch, dass dies Auswirkungen auf einen leichten Aufschwung der Wirtschaft in Deutschland haben wird.

In diesem Sinne müssen wir unsere Bemühungen, Investoren nach Magdeburg zu holen, mit unvermindertem Einsatz fortsetzen. Dabei haben die Entwicklung von Rothensee, Buckau und des Wissenschaftshafens und der Ausbau des Magdeburger Hafens Priorität. Zudem wird sich Magdeburg im Jahr 2006 als Stadt der Wissenschaft und damit als Standort für innovative Zukunftsbranchen präsentieren.

Wir haben mit einem erheblichen Einsatz von Mitteln die Berufsschulen der Stadt saniert, die BBS III wurde in diesem Herbst übergeben. Wir dürfen uns darauf jedoch nicht ausruhen und daher hat die Sanierung der Kindertagesstätten, der Grund- und Sekundarschulen und der Gymnasien für uns als SPD-Fraktion weiterhin höchste Priorität. Wir müssen und wollen in

den nächsten Jahren nach und nach die Einrichtungen, die wir erhalten wollen, komplett sanieren. Dazu haben wir in der Schulentwicklungsplanung eine gute Planungsgrundlage, die wir durch die Beibehaltung der Schuleinzugsbereiche auch in Zukunft nutzen können und durch die wir eine Planungssicherheit haben

Nur mit dieser Planungssicherheit lassen sich PPP-Modelle umsetzen, für die ich mich in diesem Zusammenhang nochmals aussprechen möchte. Wir brauchen diese dringend notwendigen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Stadt. Wir wollen, dass unsere Kinder optimale Lernbedingungen vorfinden!

Solche optimalen Bedingungen finden wir heute schon im Sportbereich, wo das Angebot an Sportstätten in gutem Zustand hervorragend ist, also die zahlreichen Sporthallen und -plätze und die Elbeschwimmhalle. Dieses Angebot werden wir im nächsten Jahr mit dem Neubau des Ernst-Grube-Stadions komplettieren und ich hoffe, dass wir in diesem Stadion nicht nur einen erfolgreichen 1.FCM erleben werden, sondern dass wir eines der WM-Teams als Gast begrüßen können.

Den Bereich Soziales mit einem der größten Posten im Haushalt haben im Jahr 2005 zwei herausragende Themen bestimmt. Zum ersten ist dies der Übertragungsprozess der Kitas an die freien Träger, den wir Mitte des Jahres zu einem guten Ende geführt habe. An den übertragenen Einrichtungen wird eine gute Arbeit für die Kinder geleistet und die Stadt wird weiterhin als Partner alles dafür tun, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Ich möchte jedoch in diesem Zusammenhang davor warnen, eine Diskussion darüber zu führen, ob wir eine kommunale Kita brauchen oder nicht. Ein solches Hin und Her ist weder sinnvoll, noch dazu angetan, dass sich alle Beteiligten auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren können, nämlich auf unsere Kinder.

Nun zum Thema Hartz IV. Zunächst möchte ich betonen, dass wir in Magdeburg alles getan haben, dass die Auszahlung der Leistungen zum Beginn dieses Jahres durch die ARGE reibungslos verläuft und ich denke, dass wir in diesem Punkt Erfolg hatten. Dabei gebührt unser Dank allen Beteiligten des Dezernats V und der Bundesagentur. Was die Auswirkungen einer Veränderung der Gesetzeslage für die Arbeit der ARGE und die Finanzierung durch die Stadt Magdeburg betrifft, können wir nur abwarten, was die nächsten Monate bringen. Ich kann nur nochmals an die Bundesregierung appellieren, sich die Lage in den Kommunen genau anzuschauen, da hier die Basisarbeit vor Ort geleistet wird. Ebenso möchte ich hier die Forderung nach dem Erhalt der Sozialzentren in Magdeburg erneuern, die wir als SPD-Fraktion bereits in der aktuellen Debatte zur sozialen Lage der Magdeburger Bevölkerung erhoben haben.

Mit der 1200-Jahr-Feier haben wir ein glänzendes Jahre mit vielen Höhepunkten erlebt, von denen ich stellvertretend den äußerst gelungenen Sachsen-Anhalt-Tag hervorheben möchte. Zudem konnten wir das Gesellschaftshaus und das neue Schauspielhaus einweihen. Ich denke, dass wir mit der Ausstellung „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ diesen Glanz im nächsten Jahr erhalten können.

Einer der Lieblingsbereiche des Magdeburger Stadtrats ist die Stadtentwicklung und das Bauen. Wir haben eine schöne Stadt und das haben wir in diesem Jahr Allen gezeigt. Vieles wurde saniert, restauriert und neu gebaut. Wir haben den neuen Tunnel am Universitäts-Platz, die Sternbrücke und unser Altes Rathaus in Betrieb nehmen können und auch wenn einige Nörgler das anders sehen, sind das große Pluspunkte für die Stadt. Aber kein Licht ohne Schatten und so hoffe ich, dass die unendliche Geschichte vom Turmbau zu Magdeburg im nächsten Jahr endlich ein Ende findet.

Wenn wir sagen Magdeburg, dann meinen wir nicht nur das Zentrum vom Dom bis zum Uni-Platz, sondern wir meinen auch die vielen Stadtteile, in denen sich durch viele Vereine und die Gemeinwesen-AGs ein vielfältiges Leben entwickelt hat. Beim Stadtbau und bei der Entwicklung der Kerngebiete dürfen wir sie nicht aus den Augen verlieren. Zwar müssen wir Schwerpunkte setzen, aber wir dürfen uns nicht nur auf diese konzentrieren. Bei künftigen Infrastrukturmaßnahmen sollten wir daher auch immer die demographische Entwicklung der Stadt im Auge behalten und mehr in Köpfe als in Steine investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsdebatten sind ja immer auch politische Debatten und politisch gesehen war das Jahr 2005 ein aufregendes Jahr, das uns erst eine Bundestagswahl und dann die erste Kanzlerin gebracht hat. Ich hoffe, dass auch die Landtagswahl 2006 einer konstruktiven Arbeit im Rat nicht entgegensteht.

Unter einer konstruktiven Arbeit verstehe ich auch eine gewisse Normalisierung der Ratsarbeit. Die Folgesitzung am Montag sollte die Ausnahme und nicht die Regel sein. Manche Anfrage lässt sich mit einem Telefonat oder einer kurzen E-Mail schneller und unaufwendiger klären, als durch eine Anfrage im Stadtrat und Detaildiskussionen haben ihren Platz in den Ausschüssen und nicht im Stadtrat, denn sonst sind diese überflüssig und eine Verschwendung von Zeit und Geld.

Im diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Haushaltsberatung und einen neuen Geist der Stadtratsarbeit im neuen Jahr.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

[Es gilt das gesprochene Wort.]

Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN im Stadtrat zu Magdeburg

Magdeburg , den 15.12.05

Sitzung des Stadtrates Magdeburg am 15.12.05

Haushalt 2006

Fortschreibung der Haushaltskonsolidierung bis 2009

Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

verehrte Damen und Herren der Verwaltung

sehr geehrte Gäste, zu denen ich auch die Damen und Herren der Presse und öffentlichen Medien zähle.

Wie in jedem Jahr frage ich mich, ist insgesamt eine positive Entwicklung unserer Stadt zu verzeichnen, und:

haben wir als Stadtrat noch Freiheiten in der Entscheidung?

Gestalten wir noch, oder würde es eigentlich reichen, wenn wir im Block den Haushalt, den uns der Herr Oberbürgermeister vorlegt, abstimmen.

Ich stelle fest: Weiterhin bewegen sich unsere tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten als Stadtrat maximal im unteren einstelligen %-Bereich des Haushaltsansatzes.

Die Defizitdiskussion ist wie ein Strang für den Gestaltungswillen.

Aber, wir können auch feststellen, dass die beschlossenen Vorgaben, dargestellt mit dem Eckwertebeschluss, hochgradig eingehalten wurden.

Offensichtlich setzt der Eckwertebeschluss Prioritäten.

Zum 4. Mal legt uns der Oberbürgermeister unserer Stadt Herr Dr. Trümper, (von dieser Stelle nochmals herzliche Genesungswünsche unserer Fraktion), einen in den Einnahmen und Ausgaben unausgeglichenen Haushalt, heute für das Jahr 2006, vor.

Gut ist einmal mehr, dass auch in diesem Jahr bereits zum Ende des Jahres 2005 der Haushalt 2006 zur Beschlussfassung ansteht.

Diesmal fehlen uns als „Stadtkonzern“ rd. 91,1 Mio. € (2005 waren es 79,4 Mio. €) im Verwaltungshaushalt. Das sind etwa 19,8% (2005 waren es 17,8 %) unserer Einnahmeseite. Im Jahr 2004 waren es 15,5 %, im Jahr 2003 nur 12,2 %. Wir **verschulden** uns also weiterhin zunehmend.

Und das trotz teilweise durchgezogenem Haushaltskonsolidierungsprogramm.

Der heute vorliegende Stellenplan gilt vorne und hinten nicht mehr. Daruf will ich heute hier nicht weiter eingehen.

Nur 2 Blätter des Haushaltsplanes muss man sich intensiv ansehen, die Prognose der Einnahmen und der Ausgaben.

Die absoluten Zahlen habe ich einmal mit dem letzten ausgeglichenen Haushaltsansatz – das war der für das Jahr 2002 – verglichen.

Etwa gleiche Einwohnerzahl !

Dem gegenüber haben wir 10 Mio. € mehr Einnahmen.

Aber rund 101 Mio. € mehr Ausgaben.

Also eine Ausgabenerhöhung von rd. 22 % !!

Trotz aller Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Wieso eigentlich? Wo liegen die objektiven Ursachen dafür? Damit sollten wir uns gelegentlich nicht nur im Finanzausschuss intensiv auseinandersetzen.

Der Begriff des Strukturellen Defizits heißt für uns:

Die Struktur der Verwaltung unserer Stadt muss wohl Defizite aufweisen, also defizitär sein. Und das soll nur des OB's Sache sein? Wir denken: Nein, auch unsere als Stadtrat.

Uns scheint, wir minimieren die **Aufwände** nicht genügend. Wir gehen nicht an die Arbeitsorganisation. Wir verändern in Wirklichkeit nichts außer – wie man so hört – wenn die Leute weg sind, dann dauert eben die Bearbeitung länger – Punkt (Zitat aus der Rede im Vorjahr aber noch immer aktuell).

Gestatten Sie bitte abschließend noch ein paar Bemerkungen zur Gesamtsituation aus unserer Sicht.

Wenn wir noch höhere Mehreinnahmen haben wollen – und die wollen wir sicher alle – dann benötigen wir an erster Stelle eine ausgeprägte und zielgerichtete Organisation von Ansiedlung. Schwerpunkt muss aus unserer Sicht der Wissenschaftsbereich sein und dieser wiederum benötigt dann Dienstleistungen auf allen Ebenen. Die produzierenden Bereiche ziehen nun mal mehr und mehr den Sonnenaufgang.

Der Begriff: Investitionen in die Bildung sind Investitionen für die Zukunft darf bei uns nicht nur eine Worthülse sein.

Vergessen Sie bitte nicht, dafür haben wir vor ein paar Jahren extra ein ganzes Dezernat neu gebildet und hatten euphorisch gehofft... gehofft... gehofft,

Na ja, irgendwann hört man dann doch auf... oder?

Und vergessen Sie nicht, jedes 3. Kind in unserer Stadt lebt statistisch am Armutsrand. Die Verantwortung für eine Änderung der Situation liegt bei uns !!

Weil: Nicht nur für eine Vergoldung der insgesamt schon recht guten Infrastruktur ist der Stadtrat zuständig.

Wir werden uns einem Haushaltsbeschluss für das Jahr 2006 nicht entgegenstellen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

A. Westphal

Es gilt das gesprochene Wort!

FDP-Ratsfraktion

Holger Franke, Fraktionsvorsitzender

Sondersitzung des Stadtrates am 15. Dezember 2005

Haushaltsrede (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
 Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,

vor einem Jahr bei der Einbringung des Haushaltes 2005 bemerkte ich an dieser Stelle, dass die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen von einer desolaten Finanzlage geprägt sind. An dieser Einschätzung und leider auch an dieser Tatsache hat sich bis heute nichts geändert.

Wir sehen uns auch weiterhin mit einer dramatischen Finanzlage konfrontiert. Der städtische Haushalt für das Jahr 2006 weist einen Fehlbedarf von 96 Millionen Euro aus. Das strukturelle Defizit beträgt dabei 27 Millionen Euro.

Anrede

Ich zitiere aus der Begründung der DS 516/05 - Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2009 : „Die Haushaltsslage der LHS Magdeburg ist trotz der bisherigen Konsolidierungsanstrengungen unverändert ernst.“

Im Klartext heißt das, auch im Jahr 2009 haben wir immer noch mit einem Fehlbedarf von über 90 Millionen Euro zu kämpfen. Dazu kommt noch das prognostizierte Defizit der Entwicklungsmaßnahme Rothensee in Höhe von ca. 70. Millionen.

Die bis zum Jahre 2010 einzuführende Doppik wird die Dramatik unseres Haushaltes noch deutlicher und für jeden nachvollziehbarer machen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist unter diesem Szenario ein Drahtseilakt, da wir ständig Gefahr laufen, durch das Landesverwaltungsamt unseren Haushalt nicht oder nur mit Auflagen genehmigt zu bekommen.

Wie soll es also weitergehen ?

Wäre unsere Kommune ein Unternehmen mit mehreren tausend Mitarbeitern, würde uns der Gang zum Insolvenzrichter nicht erspart bleiben. Und auch ein Privat-Haushalt kann letztendlich bei einer gewissen Kreditlinie nur das ausgeben, was er auch einnimmt.

Für eine Kommune gelten natürlich andere Regeln, da wir uns Pflichtaufgaben nicht verweigern können und selbstverständlich auch nicht dürfen.

Unsere Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung sind daher auf die Überprüfung aller freiwilligen Ausgaben und die Straffung der Verwaltungsstrukturen beschränkt.

Anrede

Die Bürger dieser Stadt erwarten von den verantwortlichen Politikern Lösungsvorschläge und Handlungsoptionen.

Sie erwarten, dass der Stadtrat die richtigen Entscheidungen trifft, um unsere Heimatstadt in eine finanzpolitisch positivere Zukunft zu führen.

Die FDP-Fraktion hält es für die vorrangige Aufgabe, das Defizit im Haushalt deutlich zu verringern, damit wir als Kommune auch zukünftig in der Lage sind, Investitionsentscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen.

Eine tiefgreifende Maßnahme, um uns wieder Handlungsspielräume zu eröffnen, sehen wir im Verkauf von kommunalem Immobilienvermögen.

In der öffentlichen Diskussion muß aber von Anfang an dem Eindruck entgegenge- wirkt werden, dass dies auf Kosten der Bürger und Mieter der Stadt bzw. der Städti- schen Wohnungsgesellschaft passiert.

Die Erlöse aus einem möglichen Verkauf fließen in die Kasse der Landeshauptstadt, eröffnen uns wieder die angesprochenen Handlungsspielräume und kommen damit allen Bürgern zugute.

Handlungsspielräume für Investitionen und finanzielle Mittel zur Wirtschaftsförderung sind letztendlich auch der Schlüssel für die Ansiedlung von kleinen und großen Un- ternehmen.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene geringe Wirtschafts- und Kauf- kraft unserer Stadt sind ein wesentlicher Grund für unseren defizitären Haushalt. Nachdem wir in den vergangenen Jahren überwiegend in die Infrastruktur und in den kulturellen Bereich investiert haben, müssen in den nächsten Jahren alle Anstren- gungen auf die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis der LHS gerichtet werden.

Wir halten den Bereich der Wirtschaftsförderung und die Ansiedlungspolitik nicht für optimal aufgestellt. Hier müssen alle Kräfte gebündelt werden und die verantwortli- chen Mitarbeiter auch über den Tellerrand hinaussehen, denn wir befinden uns in einem internationalen, nationalen und letztendlich auch lokalen Standortwettbewerb. Unser Antrag, den Gewerbesteuerhebesatz zu senken, zielte genau in diese Rich- tung: den Wettbewerbsnachteil der LHS MD gegenüber den Umlandgemeinden zu relativieren.

Anrede

In den Haushaltsberatungen im Finanzausschuß fiel der Vorwurf von der Ökonomi- sierung der Politik. Unterschwellig heißt das ja, die Politik müsse sich dem Diktat der Wirtschaft beugen.

Tatsache ist, dass unser Gemeinwesen durch Steuern und Abgaben finanziert wird. Aber nur, wer einen Arbeitsplatz hat, kann Steuern und Abgaben zahlen und nur Un- ternehmen, die schwarze Zahlen schreiben, sind in der Lage, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Es ist gesellschaftliche und ökonomische Realität: nur eine florierende Wirtschaft lässt die Kassen der Kommunen klingeln und versetzt uns in die Lage, den Bürgern der Stadt ein funktionierendes Gemeinwesen mit Sport, Kunst und Kultur zu bieten.

In diesem Zusammenhang bin ich mir nicht sicher, ob die Verantwortlichen Beige- ordneten immer die richtigen Prioritäten setzen. Wenn uns Herr Dr. Koch erklärt, dass wir im kulturellen Bereich in der – Zitat – „CL“ spielen, und Magdeburg mit Städten wie Barcelona und London vergleicht, dann erwarte ich auch, dass er die ökonomischen Ausgangsbedingungen dieser drei Städte zur Kenntnis nimmt.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sprach ich von der Straffung der Verwal- tungsstrukturen. Dazu gehört für die FDP auch das ständige Überprüfen bzw. Infra- gestellen von städtischen Gesellschaften. Für uns hat die Kommune nur Aufgaben zu übernehmen, welche der Daseinsvorsorge dienen.

Wirtschaftliche Betätigungen in Bereichen, wo es auch private Unternehmen tun kön- nen, müssen auf das absolut notwendige beschränkt werden.

Daher ist permanent zu überprüfen, ob eine Privatisierung bzw. ein Verkauf von städtischen Gesellschaften möglich ist. Die Kommune hat sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zurückzuziehen.

Anrede

Aus Sicht der FDP-Fraktion kann ich nach Abschluß der Haushaltsberatungen folgendes Fazit ziehen:

1. Der mittelfristig im Haushalt festgestellte Fehlbedarf zwingt uns zu weiteren Einsparungen. Bei der Umsetzung dieser Einsparungen darf es keine ideologischen Tabus geben. Und
2. Bei der Aufstellung der Haushalte ab 2007 muß der Wirtschaftsförderung eine größere Priorität eingeräumt werden.

Anrede

Wie im vergangenen Jahr stellt sich für die FDP-Fraktion die Frage, ob wir diesem Haushalt zustimmen können.

Wir haben entschieden, dass wir die Ablehnung der Mehrheit unserer Änderungsanträge mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, uns aber der Zustimmung des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht verweigern werden.

Die Handlungsfähigkeit unserer Heimatstadt muß gewährleistet sein.

Eine vorläufige Haushaltsführung trägt gegenüber der Öffentlichkeit nicht zur Vertrauensbildung bei und senkt auch nicht im geringsten unseren Fehlbedarf von 91 Millionen Euro.

Die FDP wird gemeinsam mit dem OB und der Verwaltung versuchen, die Finanzprobleme, die uns auch in den kommenden Jahren begleiten werden, verantwortungsvoll zu lösen.

Lassen Sie mich abschließend noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, die uns verantwortungsvoll bei der Vorbereitung und Durchführung der Haushaltsberatungen unterstützt haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

FRAKTION BUND FÜR MAGDEBURG | TIERSCHUTZ

Stellungnahme zur Haushaltsdebatte

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren Stadträte,
werte Gäste,

das waren noch Zeiten, als aus Anlass der Lesung des Haushaltes seitens der Verwaltung ein Etatentwurf vorgelegt werden konnte, der unter dem Strich ausgeglichen war, und es wird noch einiger Jahre und grosser Kraftanstrengungen bedürfen, einen solchen Zustand wieder zu erreichen.

Um mit einem Werbeslogan zu beginnen: "Es gibt viel zu tun, packen wir's an !!

Wiederholungen in dieser Debatte sind nicht auszuschliessen, wengleich das weniger schön und sitzungsverlängernd ist. Eines aber wiederholen wir gerne, was von allen Vorrednern bereits zum Ausdruck gebracht worden ist:

Wir danken der Verwaltung, namentlich der Kämmererei, für die wieder einmal geleistete Fleissarbeit bei der Aufstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes. Unser Dank gilt auch den Damen und Herren in den Ausschüssen, die sich eingehend mit der Drucksache beschäftigt haben. Dabei ist ganz explizit der Finanzausschuss hervor zu heben, der nicht nur die Drucksache, sondern die Flut der Änderungsanträge zu beraten und zu bewerten hatte und damit einmal mehr eine Aufgabe bewältigte, die sich ein Aussenstehender kaum vorstellen kann.

Also, nocheinmal: Allen Beteiligten unseren herzlichen Dank !! Auch wir haben uns mit den vorliegenden Unterlagen gründlich beschäftigt. Ich betone das deshalb, weil wir uns mit Änderungsanträgen nicht eingebracht haben und um dem daraus möglicherweise falschen Rückschluss mangelnder Sorgfalt vorzubeugen. Im Nachhinein beweist sich, dass das auch sinnvoll war, denn von uns gestellte Anträge hätten sich als Dopplungen im inhaltlichen Sinne zu einer Reihe von Anträgen erwiesen, die durch andere Fraktionen eingebracht wurden.

Zunächst sind auch wir der Ansicht, dass es zwingend erforderlich ist, Mittel für einen Tierheim-Neubau, wenigstens aber Planungskosten für eine HU Bau, in den Haushalt 2006 einzustellen.

Ich darf daran erinnern, dass der Stadtrat den Neubau eines Tierheimes vor längerer Zeit beschlossen hat und dass dieser Beschluss nach wie

vor auf seine Umsetzung wartet. Nun muss ich hier nicht ausführen, welche Gründe dafür verantwortlich zeichnen. Wir haben einen Sonderausschuss gebildet, der die Umsetzung begleiten soll und der auch arbeitet. Es regen sich bei uns allerdings leise Zweifel, ob die schleppenden Fortschritte auf diesem Gebiet nicht vielleicht auch ein Ausdruck dafür sein könnten, dass seitens der hauptamtlichen Verwaltung kein so vitales Interesse an einer Realisierung vorhanden sein könnte. Wie dem auch sei, es ist dann doch irgendwann zu erwarten, dass eine Standortentscheidung getroffen werden wird. Und dann sollte unverzüglich mit der Umsetzung begonnen werden. Das aber steht nicht zu erwarten, wenn dann lapidar festzustellen ist, dass dafür keine Finanzmittel vorgesehen und eingestellt sind. Wir sind der Meinung, dass das dann der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln sein wird.

Weiterhin müssen wir kritisch anmerken, dass wir gerade in jüngster Vergangenheit immer wieder mit Problemen der Zuschussfinanzierung von Gesellschaften mit städtischer Beteiligung bzw. Eigenbetrieben befasst wurden. Hier müssen Veränderungen vorgenommen werden mit der Zielstellung der weiteren Effizienzverbesserung solcher Gesellschaften und Betriebe und der Verhinderung von ausserplanmässigen Zuführungen a.Gr. von Nachforderungen der Finanzbehörden und ähnlicher Dinge. Es muss ernsthaft darüber nachgedacht werden, ständig defizitäre Einrichtungen, dort, wo es möglich ist, evtl. zu privatisieren.

Ganz besonders liegt uns hier die Messe am Herzen. Wir können nicht erkennen, dass sich in dieser Hinsicht auf absehbare Zeit Verbesserungen in der Ertragslage einstellen werden. Bereits unsere Vorgängerfraktionen haben stets für eine Privatisierung des Messegeschäftes plädiert und, wäre diesem Ansinnen gefolgt worden, hätte viel Geld eingespart werden können. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die frühere Entscheidung für die gewählte Betriebsform nicht richtig war und empfehlen nach wie vor, diese zu überdenken.

Wir haben vergeblich nach der Einstellung erforderlicher Finanzmittel für den Hochwasserschutz Ausschau gehalten. Sollte uns das entgangen sein, bitten wir um Nachsicht. Falls jedoch tatsächlich keine Mittel dafür bereitgestellt worden sind, dann wäre das unseres Erachtens nach dringend nachzuholen. Wir alle wissen um die fortschreitenden Klimaveränderungen und die damit verbundenen zunehmenden Naturereignisse, die zum Umdenken zwingen. Den Rückschluss, das sei evtl. nicht so prekär, aus der Tatsache abzuleiten, dass Magdeburg beim letzten grossen Hochwasser mit einem blauen Auge davongekommen ist, hielten wir für absolut gefährlich, wenn es denn so wäre. Wir meinen schon, dass hier ein rechtzeitiges Vorbeugen angezeigt ist.

Anschliessen können wir uns auch dem Antrag der Fraktion der Linkspartei, PDS, der zum Ziel hat, die Mitgesellschafter der SWM zu

einem Sponsoring in angemessener Höhe für Breitensportliche und kulturelle Zwecke zu bewegen. Es wäre dieses nicht nur ein sichtbares Zeichen des "Good-Will", sondern würde auch zur Entlastung des Haushaltes beitragen, wenigstens aber zur Möglichkeit der zusätzlichen Förderung im freiwilligen Bereich.

Wir könnten noch eine Reihe weiterer Punkte darlegen, möchten uns jedoch in Anbetracht der nicht übermässig zur Verfügung stehenden Zeit auf das Gesagte beschränken, uns aber ungeachtet dessen, soweit erforderlich, an der anschliessenden Diskussion beteiligen.

Wir werden, wenn auch ohne grosse Begeisterung, dem Haushalt 2006 unsere Zustimmung nicht verweigern.

Haushaltsrede zur Stadtratssitzung am 15.12.2005

Für die Stadtratsfraktion „future! – die jugendpartei“:
Fraktionsvorsitzender Michael Stage

Ich mach es mal ganz anders, als meine Vorredner und erzähle Ihnen nicht, worüber ich reden werde, sondern worüber ich nicht reden werde. Das hat den Vorteil, dass die Sachen, die bereits mehrfach von jedem gesagt wurden, nicht noch ein weiteres Mal wiederholt werden.

Ich werde nichts über die teilweise unverständliche Bundes- und Landespolitik sagen, die die finanziellen Spielräume der Kommunen immer enger werden lassen, gleichzeitig die Aufgaben wachsen, die auf kommunaler Ebene zu erfüllen sind. Ebenso wenig sage ich etwas über die ernste Haushaltslage unserer Stadt und dem vorbildlichen aber schmerzhaften Haushaltskonsolidierungskonzept und der damit verbundenen Wichtigkeit der Verringerung des Defizits, nichts über den katastrophalen Bedeutungsverlust unserer Stadt für Industrie und Bevölkerung und der daraus entstehenden wachsenden Siedlungsstruktur um unsere Stadt herum, bei gleich bleibender Vorhaltung kostenintensiver Infrastruktur, weiterhin nichts über die dramatischen Ausmaße der Abwanderung vor allem junger Menschen und der insgesamt rückgängigen Bevölkerungszahlen, über die erschreckende Ausmaße der sozialen Probleme, die dem Sozialbericht zu entnehmen sind, über die sich hervorragende entwickelte, aber immer noch ausbaufähige Kultur- und Sportlandschaft, die Bedeutung unseres erfolgreichen Stadtjubiläums, nichts über die notwendigen kostenintensiven Hochwasserschutzmaßnahmen, über die Notwendigkeit der Vorhaltung sanierter Schulen und anderer Kinder- und Freizeiteinrichtungen im ausreichenden Maße, die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft, Universität und Fachhochschule, Innovation, dem Neubau des Stadions, die Perspektive für den Magdeburger Zoo, die Dringlichkeit des Tierheimneubaus, über die Bedeutung des Stadtimages in Verbindung mit Tourismus und Wirtschaftsansiedlungen etc...

Ich sage nichts über das Problem, dass wahlentscheidende Mehrheiten und einflussreiche Wirtschaftsunternehmen zunehmend außerhalb der Stadt zu finden sind und damit die Frage gestellt werden muss, woher die stabilen Mehrheiten für eine Politik der Stadt kommen kann.

Worüber ich dann rede? Wie gesagt wollte ich es kurz machen: Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die Einbringung des Haushaltes noch in diesem Jahr und damit die optimale Voraussetzung für Verwaltung und freie Träger, um eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten zu können, dem Finanzausschuss für die hervorragende Aufbereitung der über 60 Änderungsanträge und natürlich all denen, die unseren Änderungen zur Verbesserung der Arbeit des Stadtschülerrates und der Erhöhung der finanziellen Mittel für die Neuanschaffung von Spielplatz-Spielgeräten zustimmen werden! – *Michael Stage*